

Name, Vorname, Geburtsdatum der / des Versicherten

Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort

### Anlage zum Aufnahmeantrag

Ich beziehe mindestens eine

- Rente der gesetzlichen Rentenversicherung (auch ausländische Renten) ①
- Rentenversicherungsträger: \_\_\_\_\_ monatlich \_\_\_\_\_ Euro
- Rentenversicherungsträger: \_\_\_\_\_ monatlich \_\_\_\_\_ Euro
- Rentenversicherungsträger: \_\_\_\_\_ monatlich \_\_\_\_\_ Euro

(Fügen Sie bitte den aktuellen Renten-/Anpassungsbescheid bei.)

Ich erhalte mindestens einen Versorgungsbezug ②

- nein
- beantragt
- ja

	1. Versorgungsbezug	2. Versorgungsbezug
Name und Anschrift der Zahlstelle		
Aktenzeichen/ Personalnummer		
Beginn der Leistung		
Monatliche Höhe (brutto)	Euro	Euro

Ich habe in den letzten 10 Jahren einen **einmaligen** Versorgungsbezug (Kapitalleistung) erhalten. ③

- nein
- beantragt
- ja, ausgezahlt am \_\_\_\_\_  
davon betrieblich finanziert in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro  
und/oder gegebenenfalls privat finanziert in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro

\_\_\_\_\_  
Name und Anschrift der Zahlstelle

\_\_\_\_\_  
AktENZEICHEN/PERSONALNUMMER

**(Fügen Sie bitte den aktuellen Bescheid über die Versorgungsbezüge bzw. den Nachweis über die Einmalzahlung bei.)**

Ich erziele Arbeitseinkommen. ④

- nein
- ja **(Fügen Sie bitte eine Kopie Ihres letzten Einkommensteuerbescheids oder eine entsprechende Bescheinigung Ihres Steuerberaters bzw. Finanzamtes bei, aus der auch das Datum des Steuerbescheides hervorgeht.)**

- Der Beitragszuschlag zur Pflegeversicherung ist von mir nicht zu zahlen, da ich ein Kind habe/hatte. ⑤

---

Name, Vorname, Geburtsdatum des Kindes

Ein entsprechender Nachweis über meine Elterneigenschaft (zum Beispiel Geburtsurkunde)

- ist dem Antrag beigelegt.  liegt bereits vor.

Haben Sie nach beamtenrechtlichen Grundsätzen/Vorschriften bei Krankheit und Pflege einen eigenen Anspruch auf Beihilfe oder Heilfürsorge? ⑥

- nein
- ja

Ich nehme zur Kenntnis, dass die KNAPPSCHAFT im Rahmen der gesetzlichen Mitteilungspflichten für Krankenkassen die Höhe der im jeweiligen Beitragsjahr gezahlten und erstatteten Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sowie gegebenenfalls ausgezahlte Prämien bzw. Bonuszahlungen für gesundheitsbewusstes Verhalten an die Finanzverwaltung übermittelt.

Meine persönliche Identifikationsnummer für steuerliche Zwecke:

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

**Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben. Über Änderungen werde ich Sie umgehend informieren.**

---

Ort, Datum

**Wir nehmen Ihnen eine Last ab** ®

Sie können die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung durch die KNAPPSCHAFT von Ihrem Girokonto per Lastschrift einziehen lassen. Das bringt Ihnen viele Vorteile!

- **Bequem** Pünktliche Abbuchung der Beiträge von Ihrem Girokonto.
- **Korrekt** Die jeweils fälligen Beiträge werden abgebucht. Auch bei Krankheit und Urlaub ist kein Vergessen möglich.
- **Sicher** Ihrer Meinung nach ungerechtfertigte Lastschriften können Sie ohne Umstände rückgängig machen. Widerruf Ihres SEPA-Lastschriftmandats ist jederzeit möglich.

- Ich wünsche, dass die von mir zu entrichtenden Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung von meinem Konto mittels Lastschrift eingezogen werden. Bitte senden Sie mir hierzu ein SEPA-Lastschriftmandat zu.
- Ich werde die monatlichen Beiträge zum Fälligkeitstermin (15. des Folgemonats) selbst an die KNAPPSCHAFT überweisen.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift

## Hinweise zur Anlage

- ① Als **Rente** der gesetzlichen Rentenversicherung gelten Renten der allgemeinen Rentenversicherung sowie Renten der knappschaftlichen Rentenversicherung. Die **ausländischen gesetzlichen Renten** sind den deutschen gesetzlichen Renten gleichgestellt.
- ② Als **Versorgungsbezüge** gelten, soweit sie wegen einer Einschränkung der Erwerbsfähigkeit oder zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung erzielt werden,
  - Renten der Versicherungs- und Versorgungseinrichtungen, die für Angehörige bestimmter Berufsgruppen errichtet sind.
  - Versorgungsbezüge aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder aus einem Arbeitsverhältnis mit Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen.
  - Bezüge aus der Versorgung der Abgeordneten, Parlamentarischen Staatssekretäre und Minister.
  - laufende Geldleistungen und Landabgaberenten nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte mit Ausnahme einer Übergangshilfe.
  - Renten der betrieblichen Altersversorgung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und der hüttenknappschaftlichen Zusatzversorgung (**Betriebsrenten**).
- ③ **Kapitalleistungen** gelten auch als Versorgungsbezug, sofern der (ehemalige) Arbeitgeber diese (mit)finanziert, abgeschlossen oder vermittelt hat. Entscheidend ist, dass ein Bezug zum früheren Erwerbsleben besteht. Hierzu gehören beispielsweise Kapitalleistungen aus einer Direktversicherung, einer Kapitallebensversicherung und gegebenenfalls auch Leistungen aus einer befreienden Lebensversicherung.
- ④ Mit Arbeitseinkommen sind Einnahmen aus selbstständiger Arbeit, Gewerbebetrieb bzw. Land- und Forstwirtschaft gemeint.
- ⑤ Der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung beträgt bundesweit einheitlich 3,05 Prozent. Der Beitragssatz erhöht sich für kinderlose Mitglieder um einen Beitragszuschlag. Bis zum 31. Dezember 2021 betrug dieser Beitragszuschlag 0,25 Prozent. Zum 1. Januar 2022 wurde dieser Zuschlag auf 0,35 Prozent angepasst. Daher gilt für kinderlose Mitglieder seit dem 1. Januar 2022 ein Beitragssatz in Höhe von 3,4 Prozent. Hiervon ausgenommen sind Mitglieder, die das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet haben sowie generell alle Mitglieder, die vor dem 1. Januar 1940 geboren sind. Als Kinder berücksichtigt werden neben den leiblichen Kindern auch Adoptiv-, Stief- und Pflegekinder. Als Nachweise gegenüber der Pflegekasse gelten beispielsweise die Geburtsurkunde, Abstammungsurkunde oder ein Auszug aus dem Familienbuch.
- ⑥ Für Personen, die nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen bei Krankheit und Pflege Anspruch auf Beihilfe oder Heilfürsorge haben, gilt der halbe Beitragssatz in Höhe von 1,525 Prozent bei nachgewiesener Elterneigenschaft bzw. 1,875 Prozent (bis zum 31. Dezember 2021 = 1,775 Prozent) ohne nachgewiesene Elterneigenschaft.

- ⑦ Im Rahmen des Bürgerentlastungsgesetzes Krankenversicherung können die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung durch die Versicherten steuerlich besser geltend gemacht werden.

Die KNAPPSCHAFT als Krankenkasse hat spätestens bis zum letzten Tag des Monats Februar für das abgelaufene Kalenderjahr die Höhe der selbst durch die Mitglieder gezahlten Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung an die Finanzverwaltung zu melden.

Aufgrund der Meldung werden die Beitragszahlungen bei der Einkommensteuererklärung berücksichtigt. Von dieser Meldung an die Finanzverwaltung erhalten die betroffenen Mitglieder automatisch einen Abdruck für ihre Unterlagen.

Erstattete Beiträge sowie ausgeschüttete Prämien (zum Beispiel für die Wahltarife Selbstbehalt, Leistungsfreiheit oder prosper/proGesund) bzw. Bonuszahlungen für gesundheitsbewusstes Verhalten sind ebenfalls zu melden. Dagegen werden die von dem Mitglied gezahlten Prämien für Wahltarife und Zusatzversicherungen nicht der Finanzverwaltung mitgeteilt.

- ⑧ Grundsätzlich werden die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung von der Zahlstelle der Versorgungsbezüge einbehalten und an die Krankenkasse abgeführt. In Ausnahmefällen, wie zum Beispiel bei Kapitalabfindungen, kann es erforderlich sein, dass das Mitglied die Beiträge selbst überweist oder per Lastschrift abbuchen lässt. Erzielt das Mitglied Arbeitseinkommen aus einer nicht hauptberuflich selbstständigen Tätigkeit, sind die daraus zu zahlenden Beiträge direkt an die Krankenkasse zu zahlen.